

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 11. Juni 2010

Christian Wulff für Amt des Bundespräsidenten nominiert

Der Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten hat uns alle überrascht. Wir bedauern diesen Rücktritt und danken ihm herzlich für seine über viele Jahre geleistete Arbeit.

Mit Ministerpräsident Christian Wulff haben CDU/CSU und FDP einen Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten nominiert, der über eine breite politische Erfahrung verfügt: Er führt in Niedersachsen seit langer Zeit sehr erfolgreich eine christlich-liberale Koalition und hat das Bundesland mit großer Umsicht, Weitblick und auf der Grundlage eines festgefügtten Wertefundaments regiert. Christian Wulff zeichnet es aus, dass er zusammenführt und stets offen und neugierig auf die Menschen zugeht.

Ich halte Christian Wulff für eine verdammt gute Wahl! Ich kenne ihn schon seit vielen Jahren. Schon als JU-Vorsitzender konnte er Menschen begeistern. Bei all meinen Wahlkämpfen hat er mich aktiv unterstützt.

Mir ist kaum ein Politiker bekannt, der wie Christian Wulff alle Attribute eines Bundespräsidenten in einer Person vereinigt. Christian Wulff wird, das kann ich heute schon sagen, ein sehr würdiger Bundespräsident werden. Er wird ein Präsident für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sein. Er ist ausgleichend und kann Menschen vereinen und versöhnen.

Auch in Hannover ist das Feld gut bestellt. Mit David McAllister wird ein dynamischer und fachlich sehr kompetenter Ministerpräsident zukünftig unser Land führen. Ich habe großes Vertrauen zu ihm und werde ihn in allem unterstützen.

Jugend und Parlament

Jedes Jahr richtet der Besucherdienst des Deutschen Bundestages ein Planspiel mit dem Namen „Jugend und Parlament“ aus. Dazu können Abgeordnete einen jungen Menschen einladen.

Bei Jugend und Parlament wird die Arbeitsweise des Bundestages nicht nur erklärt, sondern den Teilnehmern wird auch die Chance gegeben, diese selber zu erleben und zu gestalten.

Während der 4 Tage in Berlin übernahm Christopher die Rolle eines fiktiven Abgeordneten, um dann über parlamentarische Vorlagen in Fraktionen, Ausschüssen und im Plenum zu beraten und zu entscheiden.

Ich habe Christopher Dürr eingeladen, damit er sich selbst als junger politikinteressierter Mensch ein Bild von meiner Arbeit hier in Berlin machen kann.

Christopher selbst sagte mir bei seinem Besuch in meinem Büro, dass er viel Spaß bei der politischen Arbeit hatte und interessante Menschen aus allen politischen Lagern kennengelernt hat. Das Planspiel ermöglichte ihm einen lebendigen und realitätsnahen Einblick in die Abläufe der parlamentarischen Arbeit im Deutschen Bundestag.



Größtes Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik

In diesen Tagen haben wir über die Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts beraten und ich habe in einer Aktuellen Stunde am Mittwoch dazu im Plenum des Deutschen Bundestages gesprochen.

In meiner Rede habe ich mich als Berichterstatter für den Etat des Familienministeriums schwerpunktmäßig mit dem Bereich Elterngeld beschäftigt. Künftig wird das Elterngeld auf die SGB-II-Leistungen angerechnet. Damit korrigieren wir lediglich einen Fehler im Elterngeld-System. Bei der Einführung des Elterngeldes wurde beschlossen systemwidrig das Elterngeld nicht auf Hartz IV anzurechnen. Auch das Kindergeld wird auf die ALG II-Zahlungen angerechnet. Dasselbe geschieht zukünftig auch mit dem Elterngeld. Das ist mehr als gerecht, denn seit Jahren verringert das Elterngeld zu sehr den Abstand zwischen dem, der arbeiten geht, und dem, der keiner Beschäftigung nach-

geht.

Bei der Debatte ist deutlich geworden, dass mit den Vorschlägen der Bundesregierung ein faires und ausgewogenes Programm vorliegt, das in die richtige Richtung weist. Insgesamt sollen bis zum Jahr 2014 durch den Abbau von Subventionen, der Beteiligung von Unternehmen, Einsparungen in der Verwaltung und der neuen Akzentuierung von Sozialgesetzen rund 81,6 Mrd. Euro weniger Schulden aufgenommen werden. Das Sparpaket ist damit das größte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist zwingend notwendig, um die Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu verbessern, den Wohlstand unseres Landes auf Dauer zu sichern und unseren Kindern und Enkelkindern keine untragbare Schuldenlast aufzubürden. Schon in der vergangenen

Legislaturperiode haben wir diesen Weg beschritten: 2009 haben wir im Grundgesetz eine Schuldenbremse verankert; vor dem Ausbruch der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik standen wir kurz davor, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Diesen Weg setzen wir nun konsequent fort.

Eine nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushaltes macht Einsparungen auch in den Bereichen Arbeit und Soziales erforderlich. Nur auf diese Weise wird es uns möglich sein, die Grundlagen eines solidarischen Gemeinwesens für nachfolgende Generationen zu bewahren und auch zukünftig noch denen zu helfen, die dazu aus eigener Kraft nicht im Stande sind. Gerade mit Blick auf die wirklich Bedürftigen gilt: Schulden machen ist unsozial.

Maßnahmen gegen Spekulanten

Der sichtbaren Erschütterung des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte tritt die christlich-liberale Koalition mit einem Gesetzesentwurf entgegen, der in der vergangenen Woche im Kabinett verabschiedet wurde und der potenziell krisenverstärkende Finanzmarkttransaktionen verbietet, sowie mehr Transparenz bei diesen Geschäften schafft. Dieses Vorgehen steht im Einklang mit der Erkenntnis, dass

Leerverkäufe in erheblichem Maße zu einer Destabilisierung der Kursentwicklung von Wertpapieren führen können. Deshalb werden ungedeckte Leerverkäufe von deutschen Aktien und Staatsschuldtiteln der Eurozone sowie Kreditderivate auf Staatsschuldtitel der Eurozone ohne Absicherungszwecke verboten. Darüber hinaus schafft der Gesetzesentwurf eine gesetzliche Ermächtigung für ein Verbot entsprechender Deri-

vate.

Außerdem wird für Netto-Leerverkaufspositionen ein zweistufiges Transparenzsystem eingerichtet, das den Vorschlägen für ein entsprechendes gesamteuropäisches System folgt. Das Modell sieht zum einen eine Pflicht zur Unterrichtung der BaFin und zum anderen die Pflicht zur Veröffentlichung größerer Leerverkaufspositionen vor.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range